



Presseschau vom 19.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Für die "Tagesschau" bedeutungslos: Der Gipfel der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit

Für China geht es bei dem Besuch von Xi Jinping auf dem Gipfel der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Usbekistan vor allem um Symbolik. Denn dieser Gipfel ist eigentlich bedeutungslos. Das zumindest meinen westliche Medien wie beispielsweise die "Tagesschau". Eine Medienkritik. ...

<https://kurz.rt.com/36z1> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: Als die Ukrainer innerhalb der Sowjetunion die Geschicke des Landes lenkten

Von Breschnew bis Chruschtschow: Die Ukraine hatte einen enormen Einfluss auf die Sowjetunion – was heute von den Machthabern in Kiew lieber herunterspielt oder gänzlich verschwiegen wird. Im Westen wird bis heute allgemein nicht verstanden, dass die Ukrainer in der UdSSR eine zentrale Rolle spielten. ...

<https://kurz.rt.com/371i> bzw. [hier](#)

Susan Bonath; Schwerer Vorwurf von Wissenschaftlern: Verschleiert das PEI Impfrisiken?

Fünf renommierte Chemieprofessoren haben schwere Vorwürfe gegen das Paul-Ehrlich-Institut erhoben. Offenbar überwacht die Behörde die COVID-19-Impfstoffe nicht nur unzureichend, sondern bemüht eine fehlerhafte Methode, die das Erkennen von Risiken geradezu ausschließt. Selbst Zehntausende Todesfälle gingen darin unter. ...

<https://kurz.rt.com/3726> bzw. [hier](#)

Thomas J. Penn: Nord Stream 2 – Der wahre Grund für den Abscheu der US-Regierung

Das russische Angebot zur Energieversorgung die Pipeline Nord Stream 2 zu nutzen, trifft in der deutschen Politik weiter auf Ablehnung. Gerade erst hat das Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) bekräftigt. Dies liegt ganz im Sinne der USA, die alles dafür getan hat, das Projekt zu stoppen. Eine RT-Analyse zeigte die wahren Hintergründe bereits im April 2021. ...

<https://kurz.rt.com/2hgl> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Die Gräber von Isjum und die distanzlose Erzählung der deutschen Medien

Der Fund von Gräbern in der von der Ukraine zurückeroberten Stadt Isjum sorgt in deutschen Medien wieder für Aufregung. Die Fährte für den deutschen Medienkonsumenten ist schnell gelegt: Die Spur führt nach Russland. Schaut man genauer hin, ist da wenig dran. ...

<https://kurz.rt.com/376p> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Pulverfass Balkan: Alarm in der Republika Srpska nach der Entschließung des Deutschen Bundestages

Der Frieden in Bosnien-Herzegowina ist zerbrechlich und erfordert ein Gleichgewicht zwischen den drei großen Volksgruppen. Der Deutsche Bundestag hat sich nun auf

gefährliche Weise zwischen ihnen positioniert; nicht nur durch die regelwidrige Einsetzung eines deutschen Hohen Repräsentanten. ...

<https://kurz.rt.com/370e> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: **Russland will im Streit um Visa für Diplomaten UN-Schiedsverfahren gegen USA einleiten**

Moskau werde bei den Vereinten Nationen auf die Einleitung eines Schiedsverfahrens gegen die Vereinigten Staaten drängen, erklärte der Erste Stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei der Organisation, Dmitri Poljanski, gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti am 18. September.

Der Grund dafür sei die systematische Verletzung der Verpflichtung der USA, Diplomaten Visa für die Teilnahme an UN-Sitzungen zu erteilen – der jüngste Fall ist nach wie vor offen; ein Teil der russischen Delegation hat noch keine Visa für die Teilnahme an der UN-Generalversammlung erhalten.

Poljanski erinnerte daran, dass die USA als Land des Sitzes des UN-Hauptquartiers laut dem entsprechenden Abkommen für die Erteilung von Visa verantwortlich seien. In dem Dokument werde ausdrücklich betont, dass die USA unabhängig vom Stand ihrer Beziehungen zu den Staaten, die ein Visum beantragen, deren Erteilung umzusetzen haben, so Poljanski.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6327249bb480cc207763401b.jpg>

20:40 de.rt.com: **Beschuss der ukrainischen Streitkräfte beschädigt Institutsgebäude in Donezk**

Der heutige Beschuss von Donezk hat das Gebäude des Instituts für Eisenbahnverkehr beschädigt, berichtete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf den Bürgermeister der Stadt, Aleksei Kulemsin. In seinem Telegram-Kanal schrieb er: "Feindliche Granaten fliegen weiterhin in den Kiewer Bezirk ... Zuvor wurde das Gebäude des Eisenbahntransportinstituts beim Beschuss dieses Bezirks beschädigt."

Zuvor wurde berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte den Kiewer Bezirk von Donezk am 18. September mehrmals mit Geschossen eines NATO-Kalibers von 155 Millimetern Durchmesser beschossen hatten.

20:46 de.rt.com: **Großdemo im thüringischen Greiz: Über tausend Menschen fordern**

Ende der antirussischen Sanktionen

Der heiße Herbst nimmt Fahrt auf: Am Sonnabend gingen zwischen 1.000 und 2.000 Menschen in Ostthüringen auf die Straße. Sie forderten neben einem Ende der gegen Russland gerichteten Sanktionen auch die Rücknahme des neuen Infektionsschutzgesetzes in Deutschland.

Großdemo im thüringischen Greiz: Über tausend Menschen fordern Ende der antirussischen Sanktionen

Geschätzt mehr als 1.000, bis zu 2.000 Menschen beteiligten sich am Samstag im ostthüringischen Greiz an einer Protestkundgebung gegen die antirussischen Sanktionen und das neue Infektionsschutzgesetz in Deutschland.

Die meisten Menschen machten auf dieser Großdemonstration ihrem Unmut gegen die aktuelle Politik der Bundesregierung Luft, besonders wegen der Sorgen über die Inflation. Auch die explosionsartigen Steigerungen der Gas- und Strompreise treiben die Menschen um. Viele kritisieren aber auch die Wiedereinführung von FFP-2-Masken ab dem 1. Oktober – während auch die Politiker-Prominenz auf der "Münchner Wiesn" fröhlich feiert. Die Demonstranten zogen weitgehend friedlich in einem langen "Spaziergang" durch Greiz – jene Stadt, in der bereits im Winter 2021/22 zahlreiche Proteste gegen die Corona-Politik stattfanden.

21:30 de.rt.com: Kiew sieht keinen Sinn in einem Treffen zwischen Putin und Selenskij

Kiew hat Verhandlungen und ein Treffen von Russlands Präsidenten Wladimir Putin mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen. Laut ukrainischen Medien sagte der externe Berater des ukrainischen Präsidentenbürochefs, Michail Podoljak, am Sonntag:

"Kurz gesagt, der Verhandlungsprozess an sich und ein persönliches Treffen der Präsidenten ergeben derzeit keinen Sinn."

Podoljak nannte drei Gründe, warum Gespräche in dieser Phase angeblich zwecklos seien. Erstens werde Russland dabei versuchen, seine Geländegewinne festzuhalten und zu legitimieren. Zweitens diene das Festhalten am Status quo Russland nur als Atempause, um dann die Angriffe von der neuen Linie fortsetzen zu können. Und drittens müsse Russland für die auf ukrainischem Terrain "begangenen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden". Verhandlungen seien also erst möglich, wenn sich die russischen Truppen vom ukrainischen Gebiet zurückgezogen hätten. Dann könne über die Höhe der Reparationszahlungen und die Herausgabe von Kriegsverbrechern verhandelt werden, sagte Podoljak.

22:00 de.rt.com: Ex-US-Präsident Clinton: NATO-Osterweiterung war genau das Richtige

Der frühere US-Präsident Bill Clinton hat angesichts der militärischen Sonderoperation in der Ukraine die NATO-Osterweiterung verteidigt. Er behauptete in einem am Sonntag ausgestrahlten Interview mit dem Sender CNN:

"Ich denke, wir haben das Richtige zur richtigen Zeit getan. Und wenn wir es nicht getan hätten, wäre diese Krise vielleicht noch früher eingetreten."

"Ich bin heute mehr als damals davon überzeugt, dass wir das Richtige getan haben."

"Als ich tat, was ich tat, bot ich Russland nicht nur eine besondere Partnerschaft mit der NATO an, sondern auch die Aussicht auf eine eventuelle Mitgliedschaft in der NATO."

Er habe damals argumentiert, dass die größten Sicherheitsprobleme in Zukunft von nichtstaatlichen Akteuren oder von autoritären Staaten ausgehen würden, die chemische, biologische und nukleare Waffen an terroristische Gruppen verkaufen würden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6327737ab480cc118a527a1a.jpg>
g

Ex-US-Präsident Bill Clinton bei den US-Open, 29.8.2022, New York

22:25 de.rt.com: **Medien: Razzia bei angeblich Selenskij nahestehendem Oligarchen**

Ukrainische Behörden haben Medienberichten zufolge im Zuge von Korruptionsermittlungen das Ski-Resort von Milliardär Igor Kolomoiskij in den Karpaten durchsucht. Es seien im Zusammenhang mit einer millionenschweren Korruptionsaffäre um den Öl- und Gaskonzern Ukrnafta unter anderem Dokumente beschlagnahmt worden, berichtete das Internetportal Zn.ua am Sonntag unter Berufung auf Informanten bei der Antikorruptionsbehörde NABU. Der Oligarch galt lange Zeit als Förderer von Präsident Wladimir Selenskij. Kolomoiskij erklärte, er habe von einer Durchsuchung in seinem Ski-Resort "nichts gehört". Dem Medienbericht zufolge geht es um ungesetzliche Aneignung von Eigentum des Ölkonzerns Ukrnafta in Höhe von umgerechnet mehr als 300 Millionen Euro. In der vergangenen Woche haben die Ermittler Verfahren gegen mehrere Top-Manager des Konzerns eröffnet. Kolomoiskij selbst, der Miteigentümer von Ukrnafta ist, gilt demnach bislang noch nicht als Verdächtiger.

Der 59-Jährige ist einer der umstrittensten Oligarchen in der Ukraine. Unter anderem besaß er bis 2016 die dann verstaatlichte größte Bank in der Ukraine und eine Fernsehgruppe, bei der Selenskij unter Vertrag stand.

Vor seiner politischen Karriere war Selenskij im Show-Business tätig. Teilweise bezeichneten ukrainische Medien Kolomoiskij daher als Strippenzieher, der hinter Selenskij stehe.

22:40 de.rt.com: **Flüchtlinge aus der Ukraine: Wir können nicht zurück in unsere Heimat, weil wir dort jetzt als Kollaborateure Russlands gelten**

Ukrainische Flüchtlinge aus der Region Charkow, die Zuflucht in Russland gefunden haben, haben am Samstag Journalisten [erklärt](#), warum sie nicht in ihre Heimat zurückkönnen, selbst wenn sie wollten.

Aufgrund des derzeit geltenden Kriegsrechts in der Ukraine befürchten sie, dass sie mit ihrer Flucht nach Russland beziehungsweise weil sie nicht mit Waffen gegen die russischen Verbände gekämpft haben, nun als Staatsfeinde oder russische Kollaborateure gelten.

Diese Befürchtung ist nicht unbegründet: Nicht nur wurden zahlreiche Parteien und TV-Sender wegen angeblicher "Verbindungen" oder "Zusammenarbeit" mit Russland verboten. Mittlerweile gilt sogar als Kollaborateur, wer Lebensmittelhilfen von russischer Seite annimmt. Kollaborateure müssen strafrechtliche Konsequenzen bis hin zu jahrelanger Haft

fürchten.

Zudem tauchen seit Monaten immer mehr Videos auf, die dokumentieren, dass Selbstjustiz praktiziert wird. Vermeintliche "Russland-Freunde" werden etwa an Laternenmasten oder Bäume gefesselt, mit blauer Farbe beschmiert und verprügelt. Milizen oder Bürger schlagen und treten auf die Menschen ein. Auch außergerichtliche Hinrichtungen und Morde wegen angeblicher "Russland-Verbindungen" sind in der Ukraine nichts Außergewöhnliches mehr.



<https://thumbs.odycdn.com/4c473a4f2bcad8aaf4173bcdcf06b90f.webp>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Gestiegene europäische Nachfrage treibt Preise für Uran auf höchsten Stand seit zehn Jahren**

Angesichts der Energiekrise in Europa rechnen Investoren mit weiter steigenden Preisen auch für Uran. Sollte in Deutschland die Stimmung zugunsten der Atomenergie kippen, würde sich das laut Experten "sofort auf den Markt auswirken".

Die Preise für Uran werden derzeit auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren notiert. Der hohe Preis spiegelt die Erwartung der Investoren in Bezug auf die kommende Nachfrage wider. Getrieben wird der Preis unter anderem von der Energiekrise in Europa, berichtet die Financial Times. Laut dem Marktforschungs- und Analyseunternehmen für Kernbrennstoffe [UxC](#) wurden Uran-Futures zuletzt vor 10 Jahren so hoch wie zu den aktuellen Preisen gehandelt.

Der Preis für sogenannten "Yellowcake", also Uransalz, das durch Auslaugung als ein Zwischenschritt bei der Verarbeitung von Uranerzen gewonnen wird, stieg um 7 Prozent auf über 50 US-Dollar pro Einheit. Analysten der Bank of America erwarten, dass der Preis bereits im nächsten Jahr auf 70 US-Dollar pro Einheit steigen wird. Der Preisanstieg wird auf den jüngsten Anstieg der Nachfrage nach dem Rohstoff in ganz Europa zurückgeführt, wo sich die Energiekrise verschärft. Darüber hinaus geht der Preis auf eine grundsätzlich geänderte Haltung gegenüber Atomenergie in Regionen wie Japan, dem US-Bundesstaat Kalifornien und Deutschland zurück.

Per Jander, Direktor für Kernenergie und erneuerbare Energien bei WMC Energy, sagte der Financial Times:

"Deutschland und Kalifornien waren die beiden Regionen der Welt mit einer besonders negativen Haltung zur Atomkraft. In beiden Regionen ändert sich nun die Stimmung. Ich hätte eher angenommen, die Hölle würde zufrieren, bevor das passiert. Das wird sich sofort auf den Markt auswirken."

Laut Analysten bleibt der Markt weiterhin anfällig für eine mögliche Reduzierung der

Uranlieferungen aus dem von Sanktionen betroffenen Russland. Obwohl das Land nur 5 Prozent der weltweiten Uranproduktion ausmacht, ist es laut Berenberg-Daten für mehr als 40 Prozent der aktiv verfügbaren weltweiten Anreicherungs Kapazität verantwortlich.

"Die Sanktionierung Russlands hat das Potenzial, eine Quelle von Marktstörungen und hoher Preisvolatilität zu sein", sagten Analysten von Berenberg in einem Bericht, der der Financial Times vorliegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63273f5748fbef6da207098f.jpg>

Das schweizerische Atomkraftwerk Leibstadt im Kanton Aargau nahe Waldshut-Tiengen in Baden-Württemberg

7:06 de.rt.com: **Guterres: Verhandlungen zwischen Putin und Selenskij nicht in Sicht**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres hat erklärt, dass Russland und die Ukraine weit davon entfernt seien, ein Friedensabkommen abzuschließen. Dies sagte er in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti am Montag. Guterres wörtlich:

"Ich denke, es wäre wichtig, die Voraussetzungen für einen Frieden im Einklang mit der UN-Charta und dem Völkerrecht zu schaffen, aber wenn man realistisch denkt, sind wir noch weit von dieser Möglichkeit entfernt."

Nach Ansicht des UN-Generalsekretärs seien die Chancen für einen Frieden derzeit minimal. Beide Seiten würden weiterhin an ihren Zielen festhalten. In diesem Zusammenhang erwähnte er Putins jüngste Erklärung, die spezielle Militäroperation fortzusetzen, sowie Selenskij's Erklärung, dass er alle Gebiete seines Landes befreien wolle. Er resümierte:

"Es ist also offensichtlich, dass wir noch weit von dem Zeitpunkt entfernt sind, an dem sich die beiden Präsidenten treffen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6327f897b480cc2d3c335b88.jpg>
g

7:39 de.rt.com: **Weitere Gruppe ukrainischer Soldaten im Gebiet Saporoschje eliminiert**

Eine Gruppe ukrainischer Soldaten ist bei einer Operation zur Gefechtsaufklärung nahe der Stadt Orehowo im Gebiet Saporoschje eliminiert worden. Dies [berichtet](#) Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Verwaltung des russisch kontrollierten Teils des Gebietes Saporoschje:

"In den vergangenen 24 Stunden wurde der Versuch einer Gruppe von mehreren Dutzend ukrainischen Soldaten, die Verteidigungslinie in der Nähe von Orehowo zu untersuchen, abgewehrt."

"Die Lage in der Region ist besorgniserregend, aber wir verlieren nicht die Hoffnung auf einen Sieg und die Befreiung des gesamten Heimatlandes."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6327fd94b480cc08cd031735.jpg>
g

Angehörige des russischen Militärs bewachen das Gebiet Saporoschje am 16. September

8:42 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen in der Nacht die Stadt Stachanow**

Kiews Truppen haben in der Nacht drei Geschosse des HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystems auf die Stadt Stachanow in der Volksrepublik Lugansk (LVR)

abgefeuert. Dies [teilt](#) die LVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang der Kriegsverbrechen der Ukraine auf ihrem Telegram-Kanal mit. Über die Zahl der Opfer wurde noch nichts bekannt gegeben.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 19.09.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 30 Mann;
- 2 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 7 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Swatowo** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft M142 HIMARS **beschossen und 2 Raketen abgefeuert**.

Infolge des Beschusses wurde **ein Journalist der Föderativen Nachrichtenagentur verletzt**, das Hotel „Watra“ zerstört, 7 einstöckige Wohnhäuser und ein Einzelhandelsobjekt beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben ukrainische Truppen **Stachanow** mit Mehrfachraketenwerfern amerikanischer Herkunft HIMARS **beschossen und 3 Raketen abgefeuert**.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 18. September haben sie mehr als 11 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Gawrilowka und Nishnij Suchodol zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

9:16 de.rt.com: Mehr als 4,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass nach Russland gekommen

Mehr als 113.500 Einwohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sollen in der vergangenen Woche die russische Grenze im Gebiet Rostow überschritten haben. Dies [meldete](#) der Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation laut der russischen Nachrichtenagentur TASS. In einer Erklärung heißt es:

"Mehr als 15.500 ukrainische Bürger haben in den vergangenen 24 Stunden die Grenze nach Russland über Kontrollpunkte im Gebiet Rostow überschritten."

"Nach Angaben vom Montagmorgen überquerten mehr als 4,2 Millionen Menschen, darunter 654.000 Kinder, die Grenze nach Russland. Fast die Hälfte von ihnen sind Bürger der DVR und der LVR."

Insgesamt sollen seit Februar mehr als 4,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine und dem Donbass in Russland angekommen sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6328135148fbef71e9112fc5.jpg>
 Flüchtlinge aus der Stadt Isjum in einer Flüchtlingsunterkunft in Belgorod, Russland

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 19.09.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **251 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ und BM-21 „Grad“, Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**. Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 5 Zivilisten und 16, darunter 3 Kinder, wurden verletzt**. 16 Häuser und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 D-30-Haubitze, eine Feuerstellung einer Mörsermannschaft, 2 Schützenpanzerwagen. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betrugen 15 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von diesen Sachverhalten zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Informations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:40 de.rt.com: Keine Kampfbereitschaft in der Truppe: Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt deutlich

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr steigt angesichts des Ukraine-Krieges weiter an. Dennoch hält Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für wenig sinnvoll.

Mit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar ist auch die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr gestiegen. Wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) unter Berufung auf einen Sprecher des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben berichtet, gingen im Bundesamt im laufenden Jahr bisher 657 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung ein. Im Vorjahr hätten der Behörde hingegen lediglich 209 Anträge vorgelegen. Bis August hat sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer somit mehr als verdreifacht.

Die Verweigernden begründeten ihre Anträge den Angaben zufolge häufig mit dem Krieg in der Ukraine. Es herrsche Sorge vor einer möglichen Eskalation des Konflikts. Mit einer kriegerischen Auseinandersetzung hätten sie demnach nicht gerechnet, schreibt das RND. Gestellt werden müssen die Anträge auf Kriegsdienstverweigerung beim dafür zuständigen Karrierecenter der Bundeswehr, das sie dann an das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben weiterleitet. Alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer könnten sich sowohl bei einer Wiedereinführung der Wehrpflicht als auch im Spannungs- und Verteidigungsfall auf ihren Status als Verweigerer berufen.

Allerdings sind Anträge auf Kriegsdienstverweigerung keineswegs immer erfolgreich, wie ein aktueller Fall aus Bayern zeigt. Den Antrag einer 26-jährigen Bundeswehrsoldatin hatte das Regensburger Verwaltungsgericht im April mit der Begründung abgewiesen, dass die Frau aufgrund einer Depression ohnehin seit Mitte 2020 als dienstuntauglich eingestuft sei. Ihre Diensttauglichkeit kann so später noch einmal überprüft und sie doch wieder eingezogen werden. Der Frau waren laut eines Berichts des BR zuvor moralische Zweifel am System Bundeswehr aufgekommen.

Lambrecht lehnt Wehrpflicht weiterhin ab

Während die Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt, nimmt die Zahl der Bewerber für die Streitkräfte dem RND-Bericht zufolge weiter ab. Die Bewerberzahlen für den militärischen Dienst in der Bundeswehr seien seit Anfang 2022 rückläufig, sagte eine Sprecherin des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr in Köln. Rund 183.000 Soldaten leisten derzeit Dienst bei der Bundeswehr. Doch auch hier macht sich der Arbeitskräftemangel bemerkbar.

Ziel des Heeres müsse es laut Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) demnach sein, "mehr qualifiziertes" Personal zu gewinnen und auch zu halten. Zugleich müssten die "Abbrecherquoten" weiter reduziert werden. "Ein Blick auf die Demografie zeigt, dass wir hier besser werden müssen", erklärte die SPD-Politikerin bei der jüngsten Bundeswehr-Tagung. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnt Lambrecht trotz der durch den Ukraine-Krieg veränderten Bedrohungslage allerdings weiterhin ab. "Eine Wehrpflicht-Debatte hilft uns wenig in der aktuellen Situation", gestand die Ministerin gegenüber den Zeitungen der Funke Mediengruppe ein. Die Ausbildung von Soldaten brauche Zeit, unter einem Jahr mache das wenig Sinn, sagte sie weiter und fügte hinzu: "Wir haben weder genügend Kasernen, Ausbilder noch das Gerät für Zehntausende Wehrpflichtige."

Die Wehrpflicht müsste auch Frauen umfassen und dürfte am Ende nicht nur jeden Vierten in einem Jahrgang betreffen. Die Wehrpflicht war in Deutschland im Jahr 2011 ausgesetzt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6327fa5748fbef03ab274f52.jpg>

9:56 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Volksrepublik Donezk 53 Mal an einem Tag**

Von 05:00 Uhr MEZ am 18. September bis 05:00 Uhr am 19. September haben ukrainische Truppen das Territorium der Volksrepublik Donezk (DVR) 53 Mal beschossen. Dabei seien insgesamt 251 Geschosse abgefeuert worden. Dies [teilt](#) die DVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang der Kriegsverbrechen der Ukraine mit. Es habe tote und verletzte Zivilisten gegeben. Insgesamt seien zwölf Städte und Dörfer beschossen worden. Hierbei seien 16 Wohngebäude sowie Infrastruktur beschädigt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63281deab480cc09c971f30a.jpg>

10:32 de.rt.com: **Volksmiliz der DVR berichtet von Verlusten der ukrainischen Streitkräfte**

In den vergangenen 24 Stunden wurden mehr als 15 ukrainische Soldaten getötet. Dies berichtet die Volksmiliz der Volksrepublik Donezk (DVR) am Montag auf Telegram. In einer Erklärung heißt es:

"Streitkräfte der Volksrepublik Donezk haben gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation folgende feindliche Waffen und militärische Ausrüstung zerstört: Eine Haubitze D-30, eine Mörserstellung und zwei gepanzerte Mannschaftstransportwagen. Mehr als 15 feindliche Soldaten wurden getötet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63282593b480cc049f57427d.jpg>

Ukrainische Soldaten fahren mit Schützenpanzern in der Nähe von Isjum am 16. September

11:08 de.rt.com: **LVR-Volksmiliz: Ukrainische Truppen haben in den vergangenen 24 Stunden bis zu 30 Soldaten und zwei Panzer verloren**

In den vergangenen 24 Stunden hat das ukrainische Militär bis zu 30 Soldaten und zwei Panzer verloren. Dies [berichtet](#) die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk (LVR) auf ihrem Telegram-Kanal:

"In den vergangenen 24 Stunden erlitt der Gegner bei einer aktiven Offensive der LVR-Volksmiliz schwere Verluste an Militärpersonal und Ausrüstung. Insgesamt wurden bis zu 30 ukrainische Soldaten getötet sowie zwei Panzer, vier gepanzerte Mannschaftstransportwagen und sieben Sonderfahrzeuge vernichtet."

Unterdessen beschießen ukrainische Soldaten weiterhin zivile Infrastruktur und Siedlungen in der Volksrepublik Lugansk. Die Stadt Swatowo sei mit zwei HIMARS-Raketen beschossen worden. Dabei sei ein Journalist der russischen föderalen Nachrichtenagentur verletzt, ein Hotel zerstört, sieben einstöckige Wohngebäude und ein Geschäft beschädigt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63282eb548fbef13915d61ec.jpg>

Soldaten der Volksmiliz der LVR am 9. Juli

11:27 de.rt.com: **Weitere Demonstration gegen EU, NATO und Macron in Paris**

Von den Mainstream-Medien in Frankreich unbeachtet fand in Paris am Samstag eine weitere Kundgebung gegen EU, NATO und Macron statt. Aufgerufen zu der Demonstration hatte der Vorsitzende der EU-kritischen Partei Les Patriotes, Florian Philippot.

Auf Aufruf des Vorsitzenden der französischen Partei Les Patriotes, Florian Philippot, kam es am 17. September in Paris zu einer Kundgebung gegen die Politik des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Auf der Demonstration, die sich auch gegen die EU und die NATO richtete, wurde die Absetzung von Macron gefordert.

Hinter einem Transparent mit der Aufschrift "Résistance" versammelten sich nach Angaben des ehemaligen Europaabgeordneten Philippot "Zehntausende" Menschen, um den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen "aufzufordern, abzuhaufen", aber auch um "Freiheit, Frieden und Souveränität" zu verteidigen, wie Philippot es formulierte.

Der Leiter der Partei Les Patriotes nutzte die Gelegenheit, um die französischen Medien zu kritisieren, die, so Philippot, den Franzosen glauben machen wollten, dass es sich bei den Demonstrationen um "von Putin erstellte Hologramme" handle. Mit seinem Kommentar spielte Philippot auf den französischen Nachrichtensender LCI an, der Anfang September die Existenz einer seiner Demonstrationen, über die ein russischer Nachrichtensender berichtet hatte, bestritten hatte.

Wie RT France schreibt, gab es fast 24 Stunden nach der neuesten Kundgebung wieder keine Berichterstattung in den Mainstream-Medien über die Demonstration. Auch soll die Pariser Präfektur keine Pressemitteilung zu der Veranstaltung herausgegeben haben.

Der vor Ort anwesende Journalist der internationalen russischen Nachrichtenagentur Ruptly schätzte die Zahl der Demonstranten auf rund 1.500. Die Partei Les Patriotes, die sich in den letzten zwei Jahren besonders aktiv gegen die Corona-Maßnahmen in Frankreich positionierte, mobilisiert nun häufig zahlreiche Demonstranten zu den Themen "Frexit", Austritt aus der NATO und scharfe Kritik an der Präsidentschaft Macrons.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63282649b480cc049f57427f.png>

Kundgebung in Paris am 17. September 2022

11:41 de.rt.com: **Energodar seit Tagen unter Beschuss durch ukrainische Streitkräfte**

Die Stadt Energodar bleibt trotz der Anwesenheit von IAEA-Vertretern beim AKW Saporoschje mehrere Tage hintereinander unter Beschuss ukrainischer Truppen. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) mit Verweis auf Alexander Wolga, den Chef der militärisch-zivilen Verwaltung von Energodar. Wolga wörtlich:

"Mehrere Tage hintereinander gab es ständigen Beschuss. Wie man sehen kann, ist den ukrainischen Truppen die Anwesenheit der IAEA-Vertreter beim AKW Saporoschje nicht sehr peinlich. Sie beschießen die Stadt weiterhin."

Er fügte hinzu, dass ein Datschendorf in der Nähe des AKW Saporoschje durch den Beschuss

ukrainischer Truppen fast vollständig zerstört worden sei. Viele Häuser seien stark beschädigt worden.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/07/0c/1801945319_0:629:1500:1473_600x0_80_0_0_1a5462be8aa612c4e8a34993429a7419.jpg

Explosionsrauch über Energodar

nachmittags:

12:01 de.rt.com: **Ministerpräsident Weil: "Nord Stream 2 wird nie in Betrieb gehen"**

Durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 wird nach Ansicht von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil niemals Gas von Russland nach Deutschland strömen – auch nicht nach der Ära von Präsident Wladimir Putin. Die einstige Vertrauensbasis sei zerstört. Das sieht auch Wirtschaftsminister Robert Habeck so.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zweifelt angesichts der sich durch den Ukraine-Krieg weiter verschärfenden politischen Differenzen zwischen Deutschland und Russland daran, dass die bereits im Jahr 2021 fertigstellte Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 jemals in Betrieb genommen wird. "Der Vertrauensverlust ist so fundamental, dass es nie wieder eine Situation geben wird, in der eine deutsche Bundesregierung auf Energie aus Russland setzen kann", sagte Weil der Nachrichtenagentur dpa. "Nord Stream 2 wird nie in Betrieb gehen", in diesem Punkt sei er sehr sicher.

Eigentlich hätte das deutsch-russische Partnerprojekt bereits im Frühjahr den Betrieb aufnehmen sollen. Angesichts des eskalierenden Konflikts zwischen Russland und der Ukraine hatte die Bundesregierung die Zertifizierung der Ostsee-Pipeline im Februar jedoch einstweilen auf Eis gelegt. Wegen der anhaltenden Energiekrise waren zuletzt aber wieder vermehrt Stimmen nach einer Öffnung von Nord Stream 2 laut geworden. Unter anderem hatte der stellvertretende FDP-Chef Wolfgang Kubicki im August gefordert, "Nord Stream 2 jetzt schleunigst [zu] öffnen, um unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen". Dass sich Deutschland Gas aus Russland liefern lasse, "wird doch nicht besser oder schlechter, weil es aus der einen oder der anderen Pipeline kommt", argumentierte Kubicki im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND):

"Gas aus Nord Stream 2 ist nicht unmoralischer als aus Nord Stream 1. Es ist nur eine andere Röhre."

Beistand für seine Forderung erhielt Kubicki aus den Reihen der Linken. "Da auch die Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream 2 eine Sanktion darstellt, wäre die Öffnung ein Signal der Entspannung in diesem Wirtschaftskrieg", hieß es etwa in einem Gastbeitrag, den der Duisburger Bundestagsabgeordnete Christian Leye (Die Linke) gemeinsam mit Parteikollegin Sahra Wagenknecht für die Tageszeitung Welt verfasst hatte. Laut Meinung der beiden

Abgeordneten könne dieser Schritt gar dazu führen, dass Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen nachdenke.

Weil hingegen untermauerte: "Die Russen haben längst alle Brücken abgebrochen, und zwar, indem sie das wichtigste Gut einer Partnerschaft zerstört haben: Vertrauen." Jeder, der sich nun noch auf eine Zusammenarbeit mit Russland einlässt, erklärte der Ministerpräsident weiter, müsse fürchten, ein zweites Mal hereingelegt zu werden. "Diese Kooperation ist unwiederbringlich zerstört. Und der Westen wird sich davon schneller erholen als Russland." Neben Weil sprach sich auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) gegen eine Öffnung der Ostsee-Pipeline aus. Deutschland habe als Volkswirtschaft mit der großen Abhängigkeit von russischem Gas einen Fehler gemacht, mahnte der Grünen-Politiker. Russland könne sich bei einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ebenso wie bei Nord Stream 1 als unzuverlässig erweisen.

Ende August hatte Russlands Staatskonzern Gazprom seine Gaslieferungen durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 vorläufig eingestellt. Der russische Staatskonzern verwies dabei auf technische Probleme, die wegen der Sanktionen nicht zu beheben seien. Eine erneute Inbetriebnahme verknüpft Russland deshalb mit der Aufhebung westlicher Sanktionen. Zuvor wurden über die Pipeline lediglich rund 20 Prozent der maximal möglichen Menge an Gas nach Europa befördert. Wie aus deutschen Daten zur Pipeline hervorgeht, konnten einheimische Abnehmer von russischem Erdgas unterdessen zum ersten Mal seit der Abschaltung vor etwa drei Wochen wieder Buchungen für Lieferungen über Nord Stream 1 abgeben.

Allerdings handelt es sich bei den Nominierungen bisher lediglich um Anfragen für Gaslieferungen. Tatsächliche Gasdurchflüsse sind weiterhin nicht zu verzeichnen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte kürzlich gesagt, er wolle die Nord Stream 2 bei Bedarf in Betrieb nehmen. Die Bundesregierung lehnt eine solche Inbetriebnahme allerdings weiterhin ab.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63283869b480cc08cd031768.jpg>

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil

12:10 de.rt.com: **Lukratives Geschäft mit tödlichen Botschaften an russische Soldaten**

Gegen Gebühr kann man Geschosse der in der Ukraine eingesetzten US-Artilleriesysteme mit einer individuellen Botschaft an die Adressaten versehen. Die Erlöse werden an die ukrainische Armee gespendet. Das berichtet der russische Militärkorrespondent Alexander Kots auf seinem Telegram-Kanal mit Verweis auf US-amerikanische Medien. Kots [veröffentlichte](#) auch mehrere Screenshots dazu:

"Sie können jede beliebige Beschriftung auf der Hülle bestellen. Auf einem regulären 155 Millimeter – 200 US-Dollar, auf einem Excalibur – 700, ein Video von dem Abschuss der eigenen Artilleriegranate – 1000."

Die Kunden werden vom ukrainischen Partner des Betreibers auf diversen Propaganda-Webseiten mit rassistischen Slogans beworben. Die Webseite ukrainetoday.com schreibt:

"Sie haben die Chance, Orks zu töten, indem Sie Ihren Text auf eine Artilleriegranate schreiben, die auf russische Soldaten abgefeuert wird."

lug-info.com: Das oberste Gericht der LVR hat den Einwohner der LVR Dmitrij Schabanow zu 13 Jahren Freiheitsentzug wegen Landesverrat verurteilt.

Der Verurteilte hatte als Mitarbeiter der OSZE-Mission geheime Informationen an ausländische Geheimdienste weitergegeben.

12:20 de.rt.com: **13 Tote nach ukrainischem Artillerieangriff auf Donezk**

Ein brutaler Artillerieangriff hat am Montag die Hauptstadt der Donezker Volksrepublik erschüttert. Beim [Beschuss](#) der Straße Bakunskich Kommisarow kamen nach Angaben des Bürgermeisters 13 Menschen ums Leben. Fotos und Videos zeigen starke Zerstörungen und tote Menschen auf dem Boden liegen.

"Jede Menge zerschossener Körper auf der Straße. Das ist nicht zu fassen", sagte ein [Augenzeuge](#) in einem auf Telegram geteilten Video.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63284ef9b480cc08cd03178f.PNG>
[G](#)

Ein Angehöriger der Volksmiliz dokumentiert die tragischen Folgen des Angriffes auf Donezk am 19. September

13:28 (12:28) novorosinform.org: **Die Situation an der Kontaktlinie der DVR ist stabil – Puschilin**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Pushilin, gab den Vormarsch der alliierten Streitkräfte in mehrere Richtungen bekannt.

„Im Moment können wir sagen, dass die Situation relativ stabil ist: in Richtung Donezk, Gorlowka, Ugledar und andere bewegen sich unsere Einheiten sogar weiter vorwärts“, sagte Puschilin in einer Sendung von Rossija-24.

Der Staatschef der DVR fügte hinzu, dass die Situation in Krasny Liman nach wie vor am angespanntesten sei, aber von alliierten Streitkräften kontrolliert werde. Puschilin berichtete auch über einen Versuch der Streitkräfte der Ukraine, in Kremennaja einzubrechen.

„Der Feind hat versucht, in Kremennaja einzubrechen, die Alliierten haben dies nicht zugelassen“, sagte er.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/86/53586_720x405.jpg

12:43 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Kiew spinnt in Isjum das gleiche Szenario wie bei Provokation in Butscha**

Die Anschuldigungen gegen Russland, im Gebiet Charkow Kriegsverbrechen begangen zu haben, folgen demselben Muster wie die Vorgänge in Butscha. Auch hierbei handele es sich um eine Lüge, erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag auf einer Pressekonferenz: "Es ist das gleiche Szenario wie in Butscha. Alles entwickelt sich nach gleichem Szenario. Das ist eine Lüge, und natürlich werden wir die Wahrheit in dieser ganzen Geschichte verfechten."

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij eine Videoansprache in englischer Sprache abgehalten. Dabei sagte er, dass in Isjum im Gebiet Charkow ein Massengrab entdeckt worden sei und versprach, ausländische Medienvertreter dorthin zu bringen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63284443b480cc0621508715.jpg>

14:06 (13:06) **novorosinform.org: In Saporoschje wurden Werkstätten zur Wartung von HIMARS-Mehrfachraketenwerfersystemen zerstört – Verteidigungsministerium**

Russische Truppen zerstörten die Werkstätten im Iskra-Werk in Saporoschje, wo amerikanische HIMARS-Systeme kürzlich gewartet wurden, mit einem Raketenangriff. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums liquidierten die russischen Luft- und

Raumfahrtstreitkräfte die Werkstätten, in denen die amerikanischen Raketenwerfer gewartet wurden, mit einem präzisen Schlag.

„Im Verwaltungszentrum der Region Saporoschje, der Stadt Saporoschje, zerstörte ein Präzisionsschlag der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte eine Werkstatt im Werk Iskra, in der die amerikanischen Installationen von HIMARS-Mehrfachraketen systemen gewartet wurden“, sagte Generalleutnant Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen

Verteidigungsministeriums, sagte bei einem Briefing.

Die russischen Streitkräfte beschossen auch den vorübergehenden Stationierungsort der nationalen Formation „Karpatskaja Setsch“ in Saporoschje.



https://www.novorosinform.org/content/images/35/89/53589_720x405.jpg

13:41 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium berichtet über Verluste der ukrainischen Streitkräfte**

Laut einem am Montag veröffentlichten [Bericht](#) des russischen Verteidigungsministeriums hat die russische Luftwaffe mehr als 200 ukrainische Soldaten und elf gepanzerte Fahrzeuge bei Angriffen mit Präzisionsraketen in der Volksrepublik Donezk eliminiert. In der Nähe des Dorfes Belogorka im Gebiet Cherson seien drei Kampffahrzeuge zerstört und bis zu 15 ukrainische Soldaten getötet worden. Nahe des Dorfes Perschotrawnewoje im Gebiet Dnepropetrowsk seien 30 ukrainische Soldaten getötet und mehr als 50 verwundet worden. Im Gebiet Saporoschje seien nach Angaben des Ministeriums mehr als 70 ukrainische Soldaten und Kämpfer getötet sowie vier Kampffahrzeuge zerstört worden.

Außerdem seien in den vergangenen 24 Stunden sieben Kontrollpunkte der Streitkräfte der Ukraine in der Volksrepublik Donezk, in den Gebieten Saporoschje, Kirowograd und Nikolajew zerschlagen worden.

In der Stadt Saporoschje sei ein Werk beschädigt worden, in dem US-amerikanische HIMARS-Mehrfachraketen systeme gewartet worden seien.

Zudem soll die russische Luftabwehr im Gebiet Cherson ein Flugzeug vom Typ Su-25 sowie 14 ukrainische Drohnen abgeschossen haben. Ebenfalls im Laufe des Tages seien zwei US-amerikanische HARM-Raketen, zwei ballistische Totschka-U-Raketen sowie 24 Olcha- und HIMARS-Geschosse abgefangen worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632850f0b480cc0621508726.jpg>

Gebäude des Verteidigungsministeriums Russlands in Moskau

14:00 de.rt.com: **Markt in Donezk nach ukrainischem Artilleriebeschuss völlig zerstört**

Bei einem Artilleriebeschuss ist der Markt "Sokol" in Donezk am Montag fast vollständig zerstört worden. Wie das Nachrichtenportal Readovka berichtet, kam es nur durch glückliche Umstände zu keinen Todesopfern. Der Markt sei am Montag vormittags nicht so zahlreich besucht.

Rettungsdienste berichten, dass mindestens fünf Granaten im Kaliber 152 Millimeter auf dem Marktgelände eingeschlagen sind.

Nach Angaben des Ersten Republikanischen Fernsehkanals wurden bei dem Beschuss drei Verkäufer getötet. Diese Information wird derzeit geprüft.

<iframe src="https://vk.com/video_ext.php?oid=-163061027&id=456275061&hash=3fea0b94d7686d20" width="640" height="360" frameborder="0" allowfullscreen="1" allow="autoplay; encrypted-media; fullscreen; picture-in-picture"></iframe>

https://vk.com/video-163061027_456275061

14:40 de.rt.com: **"Filtermaßnahmen" in Nikolajew: Menschen werden auf offener Straße durchsucht**

Die Behörden in der frontnahen Stadt Nikolajew im Süden der Ukraine suchen in den Straßen nach Russland-Sympathisanten. Das berichtete ein lokaler Untergrundaktivist der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti in einem [Videogespräch](#). Ähnliches haben zuvor auch ukrainische Medien berichtet.

Dem Mann zufolge halten Sicherheitsdienste in Nikolajew Menschen auf der Straße an und durchsuchen ihre Mobiltelefone und andere Geräte, um Indizien auf mögliche Verbindungen zu Russland zu finden. "Das hat es noch nie gegeben", betonte der anonyme Gesprächspartner und mahnte die Menschen zur Vorsicht.

Der Aktivist berichtete auch von der mutmaßlichen Flucht von Witali Kim, dem Bürgermeister der Stadt, nach Odessa. Kim bloggt gerne auf seinem Telegram-Kanal. Seit dem 8. September gibt es jedoch von ihm keine Meldungen mehr.

In den vergangenen drei Tagen hat die russische Luftwaffe nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums mehrere ukrainische Stellungen in der Nähe von Nikolajew mit Hochpräzisionswaffen angegriffen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/09/13/1817778447_0:0:1920:1080_600x0_80_0_0_be30ecc62756708e9ac9270bebe8e803.jpg

15:11 de.rt.com: **Großbritannien: In Sprachschulen werden chinesische Lehrer durch Personal aus Taiwan ersetzt**

Genau wie Deutschland und Großbritannien hat auch China weltweit in zahlreichen Städten Institute, die das Erlernen der chinesischen Sprache vor Ort sowie der Kultur fördern sollen. London will nun laut einem Medienbericht mehr Einfluss Taiwans statt Pekings in den Sprachschulen.

Weltweit gibt es derzeit mehrere hundert Konfuzius-Institute, die die Sprache und Kultur Chinas fördern sollen. Das erste wurde 2004 in Seoul in Südkorea eröffnet. Allein in Deutschland haben seitdem 19 Zentren ihre Türen für China-Begeisterte aufgemacht. Auch in Großbritannien wird Mandarin in 30 Zweigstellen der Organisation gelehrt. Doch nun wollen britische Politiker den Einfluss Pekings in diesen Bildungsinstituten auf der Insel verringern. Laut einem Bericht der britischen Zeitung The Guardian soll eine Gruppe von Abgeordneten, die parteiübergreifend zusammengesetzt ist, Gespräche mit Taipeh führen, um von Peking unterstützte chinesische Sprachlehrer im Vereinigten Königreich durch Personal aus Taiwan zu ersetzen.

Die Konfuzius-Institute werden gemeinsam von der jeweiligen Universität im Vereinigten Königreich, ihrer chinesischen Partneruniversität sowie der in Peking ansässigen Chinesischen Internationalen Bildungstiftung (Chinese International Education Foundation, CIEF) betrieben. Die Finanzierung des Projekts zwischen 2015 und 2024 wird demnach auf 27 Millionen Pfund (rund 31 Millionen US-Dollar) geschätzt. Dies geht aus Berechnungen der "China Research Group" hervor, einer [Gruppe](#) konservativer britischer Abgeordneter, die sich mit der Frage beschäftigt, wie Großbritannien auf die aufsteigende Macht Chinas reagieren sollte.

Doch nun will London laut dem Guardian-Bericht diese Gelder in alternative Programme [umleiten](#), darunter auch solche aus Taiwan. Zu der Gruppe von Abgeordneten aller britischer Parteien, die nun Gespräche mit Taipeh über die Bereitstellung von Chinesisch-Lehrern führten, gehörte laut der Zeitung auch die prominente Tory-Abgeordnete Alicia Kearns, eine ehemalige Mitarbeiterin des Verteidigungsministeriums.

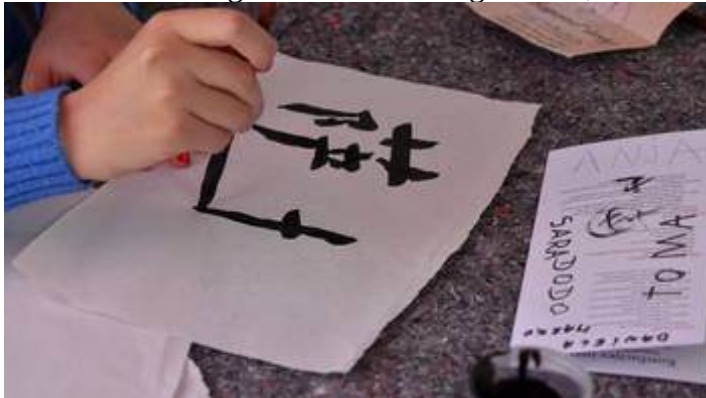
Noch 2014 lobte die damalige Bildungsministerin und die nun neue britische Premierministerin Liz Truss das Konfuzius-Institut. Damals sagte sie noch, das Projekt habe im Vereinigten Königreich "sehr große Fortschritte" gemacht und werde "eine starke Infrastruktur für Mandarin" im Lande schaffen.

Angesichts der jüngsten Abkühlung in den Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und China und der massiven Unterstützung Londons für die selbstverwaltete Insel Taiwan, die von den chinesischen Behörden als Teil ihres eigenen Territoriums betrachtet wird, ist das von Peking unterstützte Programm seitdem jedoch verstärkt in den Blickpunkt

der Politik gerückt.

Kritiker hatten dem Konfuzius-Institut vorgeworfen, dass es im Unterricht an Meinungsfreiheit mangle, Pekings Agenda fördere und sogar für Spionagezwecke genutzt werde.

In einem jüngst erschienenen Bericht der britischen Tageszeitung Times hieß es, die neue Premierministerin Liz Truss plane, China als "akute Bedrohung" für das Vereinigte Königreich zu benennen. Damit würde die Volksrepublik in die gleiche Kategorie wie Russland fallen. Zuvor hatte Truss bereits chinesische Tech-Giganten wie Huawei als Sicherheitsrisiko gebrandmarkt und gefordert, mehr Waffen nach Taipeh zu schicken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6328319bb480cc03df6c40fb.jpg>

15:16 de.rt.com: **Russische Nationalgarde entdeckt in der LVR ein Versteck mit ausländischen Waffen und Munition**

Die Truppen der russischen Nationalgarde haben in der Volksrepublik Lugansk ein ukrainisches Versteck mit Granatwerfern ausländischer Herkunft und anderen Waffen entdeckt. Dies berichtete der Pressedienst der Nationalgarde gegenüber TASS.

Unter anderem wurden beispielsweise sieben im Ausland hergestellte Granatwerfer, eine NLAW-Panzerabwehrwaffe schwedischer Entwicklung, zwei in der Ukraine hergestellte RPV-16-Flammenwerfer, ein in Schweden hergestellter AT-4-Granatwerfer entdeckt.

Außerdem wurden bei der Inspektion der Umgebung zwei Fagot-Raketen, sechs Geschosse des BM-21-Mehrfachraketenwerfersystems und mehr als 200 Artilleriegeschosse, Minen und anderes gefunden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63286901b480cc5719431073.jpg>

Am 27. Mai 2016 in der Volksrepublik Lugansk gefundene Munition

15:50 de.rt.com: **437 Tage am Stück im Weltraum – Rekord-Kosmonaut Waleri Poljakow**

gestorben

Der Kosmonaut Waleri Poljakow ist nach Angaben der russischen Weltraumbehörde im Alter von 80 Jahren gestorben. Er verbrachte mehr als 437 Tage ununterbrochen im Weltall und hält damit den Rekord für den längsten Aufenthalt im Weltraum.

Die russische Weltraumbehörde Roskosmos meldete am Montag den Tod des Kosmonauten [Waleri Poljakow](#). Er starb im Alter von 80 Jahren. Angaben zum Zeitpunkt und zur Todesursache wurden nicht gemacht. Roskosmos sprach den Angehörigen und Freunden des Verstorbenen ihr tiefes Beileid aus.

Poljakow verbrachte von Januar 1994 bis März 1995 eine Rekordzeit von 437 Tagen und 18 Stunden an Bord der russischen Raumstation Mir und ist damit Rekordhalter in Bezug auf den längsten Weltraumaufenthalt ohne Unterbrechung. Die Leistung brachte ihm den Titel "Held Russlands" ein.

Insgesamt verbrachte er bei seinen zwei Weltraumexpeditionen 678 Tage und 16 Stunden im Orbit. Für seinen ersten Raumflug von August 1988 bis April 1989, der 240 Tage und 22 Stunden dauerte, wurde ihm der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen.

Poljakow wurde am 27. April 1942 als Waleri Iwanowitsch Korschunow in der Stadt Tula geboren. Er widmete sich nach seiner Promotion an einer medizinischen Fakultät in Moskau der Weltraummedizin. "Seine Forschung trug dazu bei, zu beweisen, dass der menschliche Körper nicht nur für Flüge in die erdnahe Umlaufbahn, sondern auch in den Weltraum bereit ist", hieß es in einer Stellungnahme von Roskosmos.

In einem von der Behörde [geteilten](#) Interview behauptete Poljakow, die 280 Millionen Kilometer, die er im Weltraum geflogen sei, "ausreichend sind, um den Mars zu erreichen und zurückzukommen".

Der Familienvater hinterlässt Frau und Tochter sowie zwei Enkelkinder.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6328427fb480cc08cd03177a.jpg>

Waleri Poljakow in Athen am 16. Oktober 1995

16:02 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Cherson: Ziel zum Beitritt zu Russland unverändert**

Das Gebiet Cherson beabsichtigt unverändert, der Russischen Föderation beizutreten. Dies meldete das Oberhaupt der regionalen Verwaltung Wladimir Saldo in seiner ersten Erklärung, nachdem er nach medizinischer Behandlung am heutigen Montag seine Tätigkeit wieder aufnahm. Saldos Pressedienst zitiert ihn folgendermaßen:

"Der Kurs des Gebiets Cherson auf einen Beitritt zur Russischen Föderation bleibt bestehen und ist unverändert."

Saldo war im August im Zusammenhang mit einer Verschlechterung seines Gesundheitszustandes hospitalisiert worden. Russlands Ermittlungskomitee vermutete eine Vergiftung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/632874ecb480cc559d32333c.jpg>

Wladimir Saldo (im Zentrum) während eines Treffens mit dem Generalratssekretär der Partei "Einiges Russland" Andrei Turtschak und dem Staatschef der DVR Denis Puschilin, Aufnahme vom 6. Mai

16:45 de.rt.com: **Für Zugriff auf EU-Gelder: Ungarn gibt gegenüber Brüssel nach**

Ungarische Regierungsvertreter bekräftigen offensiv ihren Willen, die Bedingungen der EU für den Erhalt von Fördergeldern zu erfüllen. Man wolle nicht in die Lage Polens geraten, das in einen schweren Streit mit Brüssel verwickelt ist.

Der ungarische Minister für regionale Entwicklung und Nutzung von EU-Geldern Tibor Navracsics hat am Sonntag auf einer Pressekonferenz erklärt, dass seine Regierung entschlossen sei, ihre Zusagen gegenüber der Europäischen Kommission zu erfüllen, um Zugang zu EU-Mitteln in Milliardenhöhe zu erhalten. Dies berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.

Am Sonntag hatte die Europäische Kommission vorgeschlagen, Finanzhilfen in Höhe von 7,5 Milliarden Euro für Ungarn auszusetzen, bis die Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán Reformen zur Korruptionsbekämpfung durchgeführt hat. Dazu erklärte Navracsics: "Die Regierung hat nicht die Absicht, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen nicht zu erfüllen."

Es wird erwartet, dass die ungarische Regierung die EU bis zum 19. November über die Umsetzung der versprochenen Änderungen informiert.

Auf der Pressekonferenz erklärte Navracsics, dass die Verhandlungsphase des Konditionalitätsmechanismus mit der Europäischen Kommission abgeschlossen sei und die Organisation die Verpflichtungen der ungarischen Regierung zur Korruptionsbekämpfung akzeptiert habe. Vor den Journalisten erklärte der ungarische Minister:

"Das bedeutet, dass von der Europäischen Kommission keine neuen Aspekte und Erwartungen erwartet werden können, wir müssen jetzt das umsetzen, was wir versprochen haben. Die Kommission hat Zweifel daran, ob das ungarische Kabinett seinen Verpflichtungen nachkommen wird, aber wir sind absolut sicher, dass wir ihnen nachkommen werden, daher werde ich mich nicht auf mögliche finanzielle Sanktionen konzentrieren."

Navracsics fügte hinzu, dass die Europäische Kommission die Umsetzung der Zusagen der ungarischen Regierung genau überwachen werde, um eine Situation zu vermeiden, wie sie zwischen Polen und der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit dem Abzug von Geldern entstanden war.

"Wir werden uns also auch in Zukunft mit der Kommission beraten, ich werde zum Beispiel am Mittwoch nach Brüssel fliegen."

Die ungarische Regierung versprach die Einrichtung einer unabhängigen Antikorruptionsbehörde, die die Verwendung von EU-Geldern überwachen soll, sowie Schritte, um den Gesetzgebungsprozess transparenter zu gestalten. Budapest habe insgesamt 17 Versprechungen gemacht, und einige Gesetzesentwürfe seien dem Parlament bereits vorgelegt worden, während andere am kommenden Montag und Freitag folgen würden, versicherte Navracsics.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632874d1b480cc5681067281.jpg>

Der ungarische Minister für regionale Entwicklung und Nutzung von EU-Geldern Tibor Navracsics (Budapest, 18. September 2022)

16:59 de.rt.com: **Ukraine verbietet Reisen aus Saporoschje in russisch kontrollierte Gebiete**

Ukrainischen Bürgern ist es verboten worden, aus der Stadt Saporoschje in die nicht von Kiew kontrollierten Gebiete zu reisen. Dies meldete der von Kiew eingesetzte "regionale Militärverwaltung von Lugansk" Sergei Gajdai. Er gab über Telegram bekannt: "Ab heute, dem 19. September, werden per Beschluss der Kommandantur, die in bestimmten Gebieten des Bezirks Wassiljewka des Gebiets Saporoschje tätig ist, Fahrten in besetzte Gebiete abgeschafft."

Eine Frist für die Gültigkeit des Verbots nannte Gajdai nicht.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 19. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurden Arbeiten zur Inbetriebnahme von 5 weiteren Kommunikationsobjekten durchgeführt. Im Bezirk Wolnowacha gehen die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Die medizinischen Einrichtungen in den befreiten Ortschaften arbeiten normal.

In Mariupol, Wolnowacha und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 2,4 Hektar Territorium und 56 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in befreiten Ortschaften durchgeführt. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. Infolge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:44 de.rt.com: USA heben Waffenembargo gegen Zypern auf – Türkei warnt vor Rüstungswettlauf auf der Insel

Die USA haben ihr Waffenembargo gegenüber Zypern aufgehoben. Während Nikosia und Athen die Erklärung aus Washington, D.C. freudig begrüßten, verurteilten die Türkei und die protürkische Regierung in Nordzypern den US-Schritt auf das Schärfste.

Zyperns Präsident Nikos Anastasiades hat die Ankündigung der USA begrüßt, ein seit Jahrzehnten geltendes Waffenembargo gegen den Mittelmeerstaat aufzuheben. Dies sei eine "historische Entscheidung", schrieb Anastasiades auf [Twitter](#).

Das US-Außenministerium hat am Freitagabend erklärt, dass die Republik Zypern ab Oktober wieder US-Waffen erwerben darf. Damit endet ein Embargo, das Washington im Jahre 1987 in der Hoffnung verhängt hatte, den Druck für eine Verhandlungslösung im Streit über die geteilte Insel zu erhöhen. Zudem sollte dadurch eine weitere Militarisierung des Konflikts abgewendet werden. Die Regierung der international nicht anerkannten "Türkischen Republik Nordzypern" hat nun daraufhin davor gewarnt, dass der jüngste Schritt zu einer Eskalation in der Region führen könne. Eine ähnliche Stellungnahme kam auch vom türkischen Außenministerium. Das erklärte in einer Stellungnahme, die Aufhebung des Embargos führe zu einem "Rüstungswettlauf auf der Insel", der den Frieden in der Region gefährde.

Die Insel im östlichen Mittelmeer ist seit dem türkischen Einmarsch im Jahr 1974, der auf einen von dem damaligen Militärregime in Athen unterstützten Putsch folgte, in einen griechisch dominierten Südtteil und einen protürkischen Teil im Norden von Zypern geteilt. Die US-Regierung hatte befürchtet, ein Fortbestehen des US-Waffenembargos könne Zypern stärker an Russland binden. Der christlich-orthodox geprägte Inselstaat hat enge kulturelle, ökonomische und religiöse Bindungen zu Russland, auch durch die große russische Gemeinde. Der Mittelmeerstaat und die Russische Föderation hatten 2015 ein Abkommen über den Zugang der russischen Marine zu Zyperns Häfen unterzeichnet. Eine Bedingung für den Verkauf von US-Rüstungsgütern ist jedoch, dass künftig russische Kriegsschiffe keine zypriotischen Häfen mehr anlaufen dürfen. Außerdem versuchen USA mit diesem Schritt auch noch mehr Druck auf die Türkei auszuüben, die bislang die westlichen Sanktionen gegen den Kreml nicht mittragen will.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63288e2f48fbef13915d6279.jpg>

Dan-news.info: Bis heute wurde die Stromversorgung in 94 Ortschaften auf dem befreiten Territorium wieder in Betrieb genommen, die Arbeiten gehen weiter, teilte das Kohle- und Energieministerium mit.

17:47 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Umland des Wasserkraftwerks von Kachowka**

Das ukrainische Militär hat die Stadt Nowaja Kachowka und das Umland des Wasserkraftwerks von Kachowka erneut unter Beschuss genommen. Dies meldete der Pressedienst der Verwaltung von Nowaja Kachowka über Telegram:

"Etwa 20 Raketen wurden auf die Stadt abgefeuert. Wie üblich, war das Wasserkraftwerk von Kachowka unter Beschuss. Unsere Luftverteidigung schoss die meisten Raketen ab. Treffer gab es in der Nähe der Schleuse des Wasserkraftwerks und der Siedlung Kasazkoje."

Die Behörde berichtete außerdem, dass der Beschuss weiterhin andauere.

Die Stadt Nowaja Kachowka war bereits in der Vergangenheit mehrmals von Kiews Militär unter Beschuss genommen worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63288cba48fbef13900bc918.jpg>

Einfahrt zum Wasserkraftwerk von Kachowka

abends:

dan-news.info: Die gesellschaftlichen Kammern der DVR und der LVR haben sich an die Volkssovjets und die Staatsoberhäupter der jeweiligen Republiken mit der Aufforderung gewandt, unverzüglich Referenden über den Eintritt in die RF vorzubereiten.

„Wir wollen, dass zwischen uns und der Ukraine die Grenze der Russischen Föderation liegt! Wir wollen wieder Teil einer großen Heimat werden, Russlands. Das Volk des Donbass verdient das!“, heißt es zum Schluss des Aufrufs der gesellschaftlichen Kammer der DVR.

18:28 de.rt.com: **Litauen erwägt Einreiseverbot auch für Weißrussen**

Nach dem Einreisestopp für Russen mit Schengen-Visum erwägt Litauen, seine Grenze auch für Staatsbürger des Nachbarstaats Weißrussland dicht zu machen. Dies verkündete Innenministerin [Agnė Bilotaitė](#) am Montag bei einem Besuch an der Grenze, die Teil der EU-Außengrenze ist. Zu den Gründen sagte Bilotaite:

"Ich sehe sehr deutlich, dass auch das belarussische Regime an dem Krieg beteiligt ist und einen hybriden Angriff mit illegalen Migranten gegen Litauen durchführt."

Zuvor hatten die baltischen Staaten und Polen bereits die Einreise für Russen weiter

beschränkt. Seit Montag dürfen russische Staatsbürger mit einem Schengen-Visum für touristische Aufenthalte, Geschäftsreisen, Sport- und Kulturveranstaltungen nicht mehr einreisen – unabhängig davon, von welchem EU-Mitgliedsland das Visum ausgestellt wurde. Nach Behördenangaben wurden am ersten Tag der neuen Regelung zwischen Mitternacht und 9 Uhr morgens elf russische Staatsbürger an der Einreise nach Litauen gehindert.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 19.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 170 Geschosse mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 12 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses starben 13 Zivilisten und 9 wurden verletzt. Ein Gebäude wurde zerstört und 11 Gebäude und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

18:59 de.rt.com: **Zivilgesellschaftliche Kammer der LVR ruft Staatschef zur unverzüglichen Durchführung des Referendums über Beitritt zu Russland auf**

Die Zivilgesellschaftliche Kammer der Lugansker Volksrepublik hat sich an den Staatschef Leonid Pasetschnik und den Volksrat der Republik mit dem Aufruf gewandt, das Referendum über den Beitritt zu Russland unverzüglich durchzuführen.

Wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldete, betonte die Behörde, dass diese Maßnahme nicht nur die historische Gerechtigkeit wiederherstellen, sondern auch die Sicherheit des Territoriums der Republik gewährleisten werde. Die Kiewer Nationalisten hätten alle roten Linien überschritten, doch hätten ihre Provokationen die Bevölkerung nur stärker zusammengeschweißt, weswegen die Unterstützung der Bewohner der LVR für das Referendum sicher sei.

Das Oberhaupt der Gesellschaftlichen Kammer der LVR Alexei Karjakin erklärte in einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-24 mit Bezugnahme auf die Initiative:

"Die Menschen haben alle die gleiche Frage: Wann findet das Referendum statt? Die Menschen machen sich Sorgen um die laufenden Ereignisse, um Artilleriebeschuss, und sie glauben, dass nach dem Referendum die Stabilität einkehren wird."

Karjakin äußerte des Weiteren die Hoffnung, dass eine Antwort des Staatschefs der LVR Leonid Pasetschnik in nächster Zeit eintreffen werde. Dabei räumte er ein, dass das Referendum keine "Angelegenheit für einen Tag" sei, weswegen ein konkretes Datum für die Durchführung noch nicht genannt werden könne.

19:06 de.rt.com: **Die Zivilgesellschaftliche Kammer der Volksrepublik Donezk fordert ein sofortiges Referendum über den Beitritt zu Russland**

Analog zur Zivilgesellschaft der Volksrepublik Lugansk hat am Montagabend auch die höchste Vertretung der Zivilgesellschaft der Volksrepublik Donezk eine an den Staatschef der DVR Denis Puschilin adressierte Erklärung beschlossen und veröffentlicht, in der die unverzügliche Durchführung eines Referendums über den Beitritt der Volksrepublik zur Russischen Föderation gefordert wird.

In der am Abend durch den ersten Außenminister der DVR, Alexander Kofman, verlesenen [Erklärung](#) heißt es unter anderem:

"Wir alle fühlen und wissen, dass der Donbass Russland ist. Dafür kämpfen wir seit acht langen Jahren. Dafür erdulden wir seit acht Jahren den täglichen Beschuss unserer Häuser, Straßen, Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten. Es ist Zeit, die Grenze zwischen uns auszuradieren, so wie sie in unseren Herzen längst getilgt ist, und das Referendum über den Beitritt der Volksrepublik Donezk zur Russischen Föderation durchzuführen."

Eine offizielle Entscheidung über dieses Gesuch steht noch aus.

19:29 de.rt.com: **Getreide aus der Ukraine unterbietet Preise der EU-Landwirte laut "Wall Street Journal"**

Das Getreide aus der Ukraine geht nicht nur in den Export nach Afrika oder in den Nahen Osten, sondern gelangt auch auf die Märkte der Länder der Europäischen Union. Laut einem Bericht des "Wall Street Journal" können die EU-Landwirte aber mit den billigen Importen nicht konkurrieren.

Der Zustrom von billigem ukrainischem Getreide und Geflügel macht es den Landwirten in der Europäischen Union schwer, kostendeckend zu arbeiten, heißt es in einem Bericht des Wall Street Journal vom Freitag.

Währenddessen erhalten jene Länder, die von einer mithilfe der Vereinten Nationen ausgehandelten Vereinbarung über den sicheren Transport von Getreide und Sonnenblumenöl aus den ukrainischen Schwarzmeerhäfen profitieren sollten, nicht die Nahrungsmittel, die sie dringend benötigten.

Jan Bieniasz, Geschäftsführer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft im polnischen Dorf Łąka, sagte der Zeitung:

"Ich bin sehr dafür, der Ukraine zu helfen, aber ich glaube, dass die EU die Büchse der Pandora geöffnet hat."

Bieniasz bezog sich in seiner Aussage auf die Entscheidung der Europäischen Kommission, Zölle und Quoten abzuschaffen, damit Kiew inmitten des Konflikts mit Russland sein Getreide auf dem Landweg und von europäischen Häfen aus exportieren kann. Hierfür wurde unter anderem auch die Errichtung der sogenannten "Solidaritätskorridore" für den Transport der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von der polnisch-ukrainischen Grenze zu den Häfen an der Ostsee angekündigt. Doch vieles davon, was für den Transit und Export in den Nahen Osten und nach Afrika bestimmt ist, gelangt wohl auf den Markt in Polen und drückt die lokalen Getreidepreise.

Der Schritt der EU-Kommission hat dazu geführt, dass die Länder der Europäischen Union mit billigeren Agrargütern überschwemmt werden. Als Vergleich führt die US-Wirtschaftszeitung an, dass während etwa Weizen und Mais in der EU im Allgemeinen für 324 bzw. 307 US-Dollar pro Tonne verkauft werden, Weizen und Mais aus der Ukraine rund 272 bzw. 251 US-Dollar kosteten.

Auch der Vorsitzende des bulgarischen Verbandes der Getreideproduzenten, Iliya Prodanov, beschrieb in seinem Kommentar gegenüber der US-Zeitung eine ähnliche Situation in seinem Land und wies darauf hin, dass die ukrainischen Landwirte nicht dieselben

Umweltvorschriften einhalten müssten wie ihre Kollegen in der EU. Am Mittwoch protestierten Landwirte in mehreren bulgarischen Städten gegen ukrainische Agrarimporte. Französische Geflügelzüchter haben ähnliche Beschwerden vorgebracht und darauf hingewiesen, dass sich die Hühnerimporte aus der Ukraine in der ersten Hälfte des Jahres 2022 mehr als verdoppelt hätten. Zugleich forderten sie die EU auf, das Abkommen zur Aufhebung der Zölle nicht zu verlängern. Die ukrainischen Güter verdrängten nicht nur die Produkte der einheimischen Landwirte, sondern würden auch den benötigten Platz in den Häfen einnehmen, erklärte etwa Cristian Gavrila von der rumänischen Handelsorganisation PRO AGRO dem Wall Street Journal gegenüber.

In dem Bericht wird behauptet, dass Kiew Polen für die Verlangsamung des Exportflusses an

der Grenze verantwortlich mache und die Behörden beschuldige, die Lieferungen absichtlich aufzuschieben und die Hygienekontrollen zu verzögern. Demnach habe sich Kiew auch bereit erklärt, ukrainische Beamte zu entsenden, um die Dinge zu beschleunigen. Polnische Beamte ihrerseits hätten darauf bestanden, dass sie so schnell wie möglich handelten, so die US-Zeitung.

Die Getreideexporte aus der Ukraine seien laut Bericht im vergangenen Monat um 66 Prozent gestiegen. Zuvor wurde im Juli das sogenannte Getreideabkommen, das von den Vereinten Nationen und der Türkei vermittelt wurde, in Istanbul unterzeichnet. Damit soll den ukrainischen Ladungen eine sichere Durchfahrt durch das Schwarze Meer gewährleistet werden. Die meisten dieser Lieferungen gingen jedoch nach Europa und in andere einkommensstarke Länder und nicht in die armen Länder, die mit einer drohenden Nahrungsmittelkrise zu kämpfen haben. Das Abkommen sollte aber genau jene Krise lindern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6328799f48fbef13915d626c.jpg>

19:44 de.rt.com: **Video: Folgen des ukrainischen Artillerieangriffs auf Donezk heute Mittag - 13 Tote, darunter zwei Kinder**

Ein Artillerieangriff hat am Montag die Hauptstadt der Donezker Volksrepublik erschüttert. Beim Beschuss kamen nach Angaben des Bürgermeisters 13 Menschen, darunter zwei Kinder, ums Leben. Fotos und [Videos](#) zeigen die starke Zerstörung und toten Menschen.

Der Chef der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, sprach Familien und Freunden der Getöteten sein tiefes Beileid aus. Er wies darauf hin, dass die Opfer durch Granaten des 155-Millimeter-NATO-Kalibers getötet wurden.



<https://thumbs.odycdn.com/02613fd8f13a958a21ee2b90558e48c1.webp>